

# Totale Lösung der Spanienfrage!

Berlin, 8. Januar. Wie wir erfahren, ist dem britischen und französischen Botschafter am Donnerstag die Antwort der Reichsregierung auf die von ihnen vor kurzem übermittelten Vorschläge ihrer Regierungen hinsichtlich der Verhinderung des Zustromes von Freiwilligen nach Spanien mitgeteilt worden. Die Antwort der Reichsregierung ist im Benehmen mit der italienischen Regierung verfaßt worden, die gleichzeitig eine entsprechende Antwort erteilt.

Die deutsche Antwort hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung muß zunächst ihrem Bestreben darüber Ausdruck geben, daß die königlich britische und die französische Regierung es für nötig erachtet haben, neben dem Verfahren des Londoner Nichteinmischungsausschusses zum zweiten Male einen besonderen direkten Appell an andere, in diesem Ausschusse vertretene Regierungen zu richten. Die den Gegenstand dieses Appells bildende Frage des Verbots, der Teilnahme fremder Freiwilliger an den Kämpfen in Spanien steht zur Zeit in dem Londoner Ausschusse zur Beratung. Es ist nicht abzusehen, inwiefern diese Beratungen durch die Methode derartiger besonderer diplomatischer Aktionen einzelner Regierungen gefördert werden könnten. Hält man aber das Verfahren in dem Ausschusse für die Beratung der spanischen Fragen nicht für ausreichend oder zweckmäßig, dann wäre es im Interesse der Klarheit und Einheitlichkeit der Behandlung dieser Fragen besser, auf eine Fortsetzung des Ausschusseverfahrens überhaupt zu verzichten.

2. Die deutsche Regierung muß sich dagegen verwahren, daß durch den neuen Schritt der königlich britischen und der französischen Regierung der Eindruck erweckt wird, als ob das Problem der fremden Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg von Deutschland verschuldet oder auch nur verkannt worden wäre. Sie stellt deshalb erneut fest, daß sie und die königlich italienische Regierung es waren, die von Anfang an die Verhinderung der Ausreise von freiwilligen Teilnehmern an den spanischen Kämpfen gefordert haben, und daß es andererseits die königlich britische und die französische Regierung waren, die ein solches Verbot ablehnten.

3. Die anfängliche Haltung der königlich britischen und der französischen Regierung in dieser Frage ließ sich nur so erklären, daß beide Regierungen in dem Zustrom von Freiwilligen keine unzulässige Einmischung in die spanischen Angelegenheiten sehen wollten. Wenn die beiden Regierungen jetzt einen anderen Standpunkt einnehmen, so muß sich die deutsche Regierung ernstlich fragen, ob das vorgeschla-

gene Verbot im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht faktisch eine einseitige Begünstigung der die nationale spanische Regierung bekämpfenden Elemente zur Folge haben würde. Nach dem monatelang ungehinderten Zustrom bolschewistischer Elemente ist es in der Tat schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß das Verbot jetzt allein der bolschewistischen Partei in Spanien zugute kommen würde, die offenbar hinreichend mit fremden Freiwilligen aufgefüllt ist.

4. Da aber die deutsche Regierung von Anfang an für die Verhinderung des Zustromes von Freiwilligen nach Spanien eingetreten ist, ist sie auch jetzt noch bereit, alle diesem Ziele dienenden Maßnahmen zu unterstützen. Sie muß dabei jedoch die Erwartung aussprechen, daß nun aber auch alle Möglichkeiten für eine direkte oder indirekte Einmischung in die spanischen Kämpfe ein für allemal ausgeschlossen werden.

Deshalb macht sie ihre Zustimmung von der Voraussetzung abhängig,

- a) die anderen beteiligten Staaten sich zu der gleichen Haltung entschließen;
- b) auch die Lösung der sonst noch mit der indirekten Einmischung zusammenhängenden Fragen unverzüglich in Angriff genommen wird, und
- c) alle beteiligten Regierungen einer unbedingt wirksamen Kontrolle der zu vereinbarenden Verbote zustimmen.

Die deutsche Regierung wird ihren Vertreter in dem Londoner Ausschusse anweisen, auf dieser Grundlage die weiteren Verhandlungen zu führen. Sollte über die Verhinderung der anderen Formen der indirekten Einmischung eine Einigung nicht zu erzielen sein, so müßte sich die deutsche Regierung vorbehalten, auch ihre Stellungnahme zu der Frage der Freiwilligen erneut zu überprüfen.

Die beste Lösung des Freiwilligenproblems würde nach Ansicht der deutschen Regierung erreicht werden, wenn es sich ermöglichen ließe, alle nichtspanischen Teilnehmer an den Kämpfen, und zwar einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten, aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August v. J. wiederherzustellen. Die deutsche Regierung würde es sehr begrüßen, wenn in dem Londoner Ausschusse sofort geprüft würde, in welcher Weise eine solche Maßnahme wirksam durchgeführt werden könnte. Sie ist ihrerseits bereit, hierbei in jeder Beziehung mitzuarbeiten.

## Die italienische Antwort.

Rom, 8. Januar. In der italienischen Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge zur Freiwilligenfrage in Spanien, die am Donnerstag den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs überreicht wurde, heißt es unter anderem:

1. Die italienische Regierung hat mit der größten Aufmerksamkeit sowohl das englische Memorandum als auch die französische Mitteilung geprüft. Bevor sie jedoch hierzu Stellung nimmt, wünscht sie vor allem hervorzuheben, daß die Frage zur Zuständigkeit des Londoner Nichteinmischungsausschusses gehört, eines Ausschusses, der nach dem Willen der Regierungen, die ihn gebildet haben, eben den gegebenen Sitz darstellt für alle Besprechungen, die die Nichteinmischung in Spanien betreffen.

2. Die englische und französische Regierung unterstreichen ihre Befürchtung hinsichtlich des andauernden Zustromes von fremden Freiwilligen nach Spanien.

Die italienische Regierung teilt diese Befürchtung um so mehr, als soweit sie sie selber angeht, sie nicht erst neueren Datums ist.

In den Besprechungen, die infolge des französischen Vorschlages der „Nichteinmischung“ stattgefunden haben, hat die italienische Regierung wiederholt und ausdrücklich, von Anfang an deutlich darauf hingewiesen, und zwar ebenso bei der französischen Regierung als bei der englischen, daß die „Nichteinmischung“, wenn sie nicht in gefährlicher Weise ungeeignet und unwirksam bleiben sollte, sich nicht auf die Formen der direkten Einmischung beschränken dürfe, sondern auch auf die „indirekte“ Einmischung ausgedehnt werden müsse und insbesondere neben den finanziellen Hilfen und der Propaganda auch die Entsendung von Freiwilligen einzuschließen habe.

Am 10. August schlug Graf Ciano den Zusatz des folgenden Paragraphen zu dem „Erklärungsentwurf“ vor, den ihm der französische Botschafter übergeben hatte: Die Regierungen verpflichten sich, in ihren Gebieten weder öffentliche Sammlungen noch Werbung von Freiwilligen für die beiden streitenden Parteien zuzulassen.

Die französische Regierung hielt jedoch ihren eigenen Entwurf vollkommen ausreicht. Weder von französischer noch von englischer Seite zeigte man sich dem italienischen Vorschlag geneigt. Es wurde gesagt, daß die Frage später behandelt werden könnte, und man bemühte sich darum, daß die italienische Regierung nicht auf ihren eigenen Antrag bestünde. Die italienische Regierung stimmte schließlich der an sie gerichteten Aufforderung mit ihrer Note vom 21. August an den französischen Botschafter zu.

In der Folge wurde die Frage der indirekten Einmischung aufgeworfen, und auch diesmal von Italien, durch seinen Vertreter im Londoner Ausschusse in den ersten Sitzungen dieses Ausschusses, und zwar in der Sitzung vom 17. September; und auf seine Initiative war die Frage auf die Tagesordnung für die Sitzung des Unterausschusses, die am 15. des genannten Monats stattfand, gesetzt worden.

Derselbe italienische Botschafter hat in der Sitzung vom 18. September eine Mitteilung übergeben, in welcher die drei typischen Formen der Einmischung angegeben waren, die den Gegenstand gemeinsamer Abmachung hätten bilden sollen: Die Werbung Freiwilliger, die politischen Agitatoren, die finanziellen Unterstützungen. Aber die Frage konnte nicht vor dem 5. Oktober geprüft werden wegen der Gegnerschaft anderer Delegationen.

In dieser ihrer Aktion ging die italienische Regierung stets im Einverständnis mit der deutschen Regierung vor und die Stellung des italienischen und des deutschen Vertreters im Londoner Ausschusse hielten sich immer auf gleicher Linie.

3. Indem die britische und französische Regierung den Vorschlag des britischen Vertreters im Ausschusse wieder aufzunehmen, wünschen sie, daß schleunigst ein Termin festgesetzt werde, mit welchem in den betreffenden Ländern die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der Anwerbung und der Ausreise von Personen, die sich nach Spanien zwecks Teilnahme am Bürgerkrieg begeben, in Kraft treten sollen.

Die britische und die französische Regierung waren in den verflochtenen Monaten nicht der Auffassung, daß der Zustrom von Freiwilligen als ein Akt unerlaubter Einmischung in die spanischen Angelegenheiten verboten werden müßte. Sie nehmen jetzt einen anderen Standpunkt ein und unterstreichen noch dessen Dringlichkeit.

## „Achse Berlin—Rom bewährt“.

Mailand, 8. Januar. Zur Antwort der italienischen Regierung über die Freiwilligenfrage in Spanien hebt die oberitalienische Presse vor allem die Uebereinstimmung mit der deutschen Antwort hervor und betont, daß die Achse Rom—Berlin sich gut bewährt habe. Das Blatt schreibt, weder Italien noch Deutschland verschleppen die weiteren Verhandlungen, obwohl es infolge der Verantwortung und Mitschuld der anderen ihr Recht wäre. Sie verlangen vielmehr, daß etwaige Maßnahmen gegen die Einreise von Freiwilligen in Spanien von Gesamtmassnahmen begleitet werden, damit die Nichteinmischung sich nicht zu einer tragischen Fiktion gestaltet. Die Nichteinmischungsfrage müsse in ihrer Gesamtheit geregelt werden. Italien habe Vertrauen in die Kräfte des Generals Franco und sei überzeugt, daß der Kampf schon zur Einschlagung einer starken Regierung in Madrid geführt hätte, wenn Barcelona und Valencia usw. nicht die Unterstützung von Sowjetrußland und Frankreich erhalten hätten.

### Endlich eine klare Basis.

Berliner Blätterstimmen zur deutschen Antwort.

Berlin, 8. Januar. Die Berliner Morgenblätter nehmen eingehend zu der Antwortnote der deutschen Reichsregierung Stellung. In ihrer Gesamtheit unterstreichen sie die klare Sprache der Note.

Unter der Schlagzeile „Klares deutsch!“ schreibt der „Völkische Beobachter“ u. a.: Es ist nicht Schuld Deutschlands, wenn die deutsche Note mit wenigen Sätzen einen Tatbestand enthält, dessen innere Ordnung auf das Konto der Regierungen in London und Paris zu setzen ist. Die Unlogik besteht einmal darin, daß London und Paris mit erheblichem Geisse eine „Aktion in der Freiwilligenfrage“ vom Stapel lassen, während in London selbst der Nichteinmischungsausschuss sagt, der viel direkter die Anregungen der Herren Eden und Delbos hätte annehmen können. Wozu also dieser Sondergipfel der beiden Regierungen? Ist der Ausschuss überflüssig geworden oder bildet man sich ein, in diesem Ausschusse selbst eine Sonderrolle zu spielen und ein sensibleres „Weltgewissen“ zu haben wie die übrigen Mitglieder des Ausschusses?

Die deutsche Note weist in wenigen deutlichen Worten alle Verjüde in London oder Paris zurück, mit denen man Berlin oder Rom etwa die Rolle des Schuldigen an der bisher ungelösten Freiwilligenfrage zuschreiben will.

Das ist ein diplomatischer Täuschungsversuch, der schon durch die reinen historischen Tatsachen widerlegt wird.

Auch die „Berliner Börsenzeitung“ hebt hervor, daß die deutsche Note endlich eine klare Basis schafft. Der Gleich-

Die italienische Regierung kann nicht umhin, hervorzuheben, daß bei der gegenwärtigen tatsächlichen Lage und in Berücksichtigung der in der Zwischenzeit erfolgten Einreise von fremden Freiwilligen in Spanien das vorgeschlagene Verbot zur Folge hätte, einzig und allein die der nationalen Regierung feindliche Partei zu begünstigen, die nunmehr hinreichend mit fremden Elementen versehen ist, die ihre Reihen verstärkt haben.

Die italienische Regierung ist indessen bereit, darauf einzugehen, daß die Frage der Freiwilligen — wie gewünscht — Gegenstand einer besonderen Vereinbarung bildet, die die Werbung und die Abreise von einem nahen Termin an verbietet. Die italienische Regierung nimmt an, daß die von der britischen Regierung vorgeschlagene Vereinbarung allgemeinen Charakter haben, d. h. von allen Regierungen angenommen und außerdem einer wirksamen Kontrolle unterworfen werden muß, damit keine Zweifel über ihre allseitige und vollständige Anwendung entstehen können; eine Kontrolle die aus klarliegenden Gründen nach ihrer Meinung so zu verstehen ist, daß sie in den Häfen und an den Zugangspunkten zu Spanien zu erfolgen hat. Sie ist daher bereit, ihrem Vertreter im Londoner Ausschusse Weisungen in dem angegebenen Sinn zu erteilen, damit durch den Ausschuss die zu dem Zwecke erforderlichen Vereinbarungen getroffen werden.

Wenn heute, wie schon im vergangenen August, die italienische Regierung, vom Geiste weitgehender Mitarbeit befeuert, sich entschließt, den französisch-britischen Vorschlägen wiederum entgegenzukommen, so kann sie nicht verbergen, daß die Methode, mit der die beteiligten Regierungen bis jetzt die Frage der Nichteinmischung in Spanien behandelt haben und fortführen, sie zu behandeln, d. h. eine sprunghafte, begrenzte und partielle Methode, nach ihrer Ansicht niemals andere als nur unangemessene, unsichere und gefährliche Ergebnisse wird zeitigen können.

Die italienische Regierung bestätigt auch bei dieser Gelegenheit ihre Ueberzeugung von der Wirksamkeit der Methode, die sie von Anfang an vertreten hat: d. h. daß mehr als je eine integrale und totale Behandlung des Problems der Nichteinmischung, und zwar in ihren direkten wie indirekten Formen notwendig ist. Wenn der Vereinbarung über die Freiwilligen nicht schleunigst diejenige über die anderen Formen der indirekten Einmischung folgen sollte (und besonders über die Propaganda und über die finanziellen Hilfen und in einer Art, die genügende Garantie für ihre Anwendung bietet), so könnte dieser Umstand nicht ohne Rückwirkungen bleiben, und die italienische Regierung würde sich gezwungen sehen, die Frage erneut zu prüfen. Die italienische Regierung wünscht diese ihre Bemerkung zu unterstreichen, auch in der Absicht, zur Anwendung derjenigen Maßnahmen anzuregen und sie zu beschleunigen, von denen allein die Erfüllung derjenigen Ziele der Ordnung und Normalisierung zu erhoffen ist, die zu erreichen ihre Absicht, und sie zweifelt auch nicht, die der anderen Regierungen ist.

Zu diesem Zweck und unter Zugrundelegung dieser Auffassung beehrt sich die italienische Regierung zum Schluß zu bemerken, daß sofern man nun die Frage auf den Stand zurückbringen will, auf dem sie im abgelaufenen August war, d. h. sofern die Regierungen sich einigten über die Opportunität, vom spanischen Gebiet alle Nichtspanier, Kämpfer, politische Freiwillige, Propagandisten und Agitatoren, zu entfernen, wäre die italienische Regierung bereit, ihre Unterstützung einer solchen Initiative zu leisten, die der Nichteinmischungsausschuss in London sofort prüfen müßte.

Lang Deutschlands mit Italien auch in dieser wichtigen Angelegenheit ist erzieulich und um so erklärlicher, und natürlicher, als die Haltung beider Länder gegenüber den Vorgängen in Spanien von Anfang an gleichermassen von dem Willen getragen gewesen ist, den Kampf, der in Spanien ausgebrochen war, den Spaniern selbst zu überlassen und Sorge zu tragen, daß die erwartete rein spanische Entscheidung nicht von ausländischen Interessen zu einer nichtspanischen, internationalen Entscheidung verfallt würde.

Hätten Frankreich und England sich rechtzeitig, wenn auch unter Aufopferung gewisser weltanschaulicher Sympathien, dazu bequemt, den dauernden deutschen und italienischen Anregungen auf sofortige Abriegelung des spanischen Kampfbereiches nachzukommen, so wäre sicherlich in Spanien eine schnellere Entscheidung erzielt worden.

Deutschland und Italien haben in der Freiwilligenfrage ein gutes Gewissen, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, und müssen es sich allerdings verbitten, daß nun plötzlich in der Welt der Eindruck erweckt werden sollte, als wären sie die Schuldigen. Deutschland und Italien haben leinerzeit schon im August und September im Londoner Ausschusse ein Verbot vorgeschlagen, Freiwillige aus anderen Ländern nach Spanien ausreisen zu lassen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Das Reich geht von der Erwartung aus,

daß nun wirklich eine totale Lösung der Nichteinmischungsfrage angepaßt wird, daß alle Möglichkeiten der Nichteinmischung ausgeschaltet werden.

Aus dieser grundsätzlichen deutschen Haltung ist auch die Antwort in der Freiwilligenfrage zu verstehen.

Deutschland will eine ehrliche Lösung, heißt es im „Berliner Tageblatt“. Es will den Rerrat an dem Gedanken der Nichteinmischung nicht mitmachen, der darin läge, wenn man das Problem „lösen“ würde, in einem Augenblick, wo durch eisenstricke und konsequente Verletzung des Nichteinmischungsprinzips eine Seite, die rote nämlich, in bezug auf Freiwillige, Nachschub und Kriegsmaterial militärisch saturiert ist.

### Starkes Fernbeben in Asien.

Stuttgart, 8. Januar. Am Donnerstagnachmittag wurde von den Instrumenten der württembergischen Erdbebenwarten Stuttgart, Ravensburg und Nöfthen ein sehr starkes Fernbeben verzeichnet. Der Herd liegt in Tibet, und zwar in den östlichen Randgebieten des Himalayagebietes.

